



Rudolf Bindig  
Welfenstraße 14  
88250 Weingarten  
bindig.rudolf@t-online.de



Antrag der SPD-Fraktion zur Debatte um die Medizinstrategie und den Zeitplan.

Der KT möge beschließen:

Die Debatte um Veränderungen in der Krankenhauslandschaft im Landkreis Ravensburg, welche derzeit unter dem Namen „Zukunftsprogramm Gesundheitsregion Oberschwaben (Medizinstrategie) geführt wird, und der dazugehörige Zeitplan werden vorläufig ausgesetzt. In einem Jahr soll erneut darüber beraten und entschieden werden, ob und welche Maßnahmen ergriffen werden sollen.

Die Zwischenzeit kann genutzt werden, „normale Maßnahmen“ zur Aufrechterhaltung und Erhöhung der Qualität der medizinischen Leistungen und der wirtschaftlichen und bedarfsgerechten Erbringung zu treffen. Insbesondere sollte die Digitalisierung vorangetrieben werden und dazu die umfangreichen Fördermöglichkeiten des Bundes und des Landes genutzt werden.

Begründung:

Das Gesundheitswesen in D. und auch in der Region ist durch die Pandemie in höchstem Maße belastet. Tausende Menschen bedürfen einer besonders medizinischen Betreuung, Hunderte bedürfen und bedürfen einer intensivmedizinischen Betreuung und kämpfen dort um ihr Überleben. Dies stellt die Ärzte und das Pflegepersonal vor große Herausforderungen und Anstrengungen. Da Personal woanders abgezogen werden muss und planbare Operationen verschoben werden müssen, kommt es zu personellen Engpässen und finanziellen Ausfällen.

In einer solchen Situation sollte von außen alles unterlassen werden, was zusätzliche Unruhe oder Belastungen erzeugt. Es gibt deshalb kaum einen ungeeigneteren Zeitpunkt als den derzeitigen, um Strukturveränderungen in den Krankenhäusern zu planen oder gar umzusetzen. In einer Krise sollte keine Strukturdebatte geführt werden.

Die Erfahrungen der Pandemie müssen zudem analysiert und bei einer Strukturdiskussion mit eingearbeitet werden.

Dazu kommt, dass sich die politischen Rahmenbedingungen gerade ändern und weiter ändern werden. Erste Neureglungen hat es bereits durch das Zukunftsprogramm Krankenhäuser des Bundes, das Krankenhauszukunftsgesetz und die Pflegepersonalstärkungsgesetze gegeben. Die Koalitionsvereinbarung der Ampel-Koalitionäre kündigt in der Gesundheitsfinanzierung in der Pflege und der Krankenhauspolitik etliche weitere Veränderungen an. Auch hier sollte mehr als ansatzweise zu erkennen sein, was auf die Gesundheitsregion Oberschwaben und speziell die Krankenhäuser zukommt und erwartet werden kann, bevor Strukturveränderungen angedacht und umgesetzt werden.

Es gibt keinen Anlass, sich selbst in einen Handlungs- und Entscheidungszwang durch enge Terminkalender zu versetzen. Qualität muss vor Übereile kommen. Ein wirklicher Nachteil ist durch eine Verlagerung der Entscheidungsprozesse nicht zu erwarten.